

Dresdner Volkszeitung

Vollständig: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Vertrieb: Geb. Anstalt, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreis: einschließlich Porto mit den wöchentlichen Beilagen 10 Mark pro Monat, 100 Mark pro Jahr, 1000 Mark pro 10 Jahren. Einzelhefte 10 Pfennig. Auslandsendung 150 Pfennig. Familienkreuzungen, Stellen- und Briefwechsel 40 Pfennig. Für Kleinverleger 10 Pfennig.

Verkaufspreis: Grundpreis: die 30 mm breite Nonpapierzeitung 10 Pfennig, die 30 mm breite Beilagezeitung 150 Pfennig, die 30 mm breite Familienkreuzung, Stellen- und Briefwechsel 40 Pfennig. Für Kleinverleger 10 Pfennig.

Abonnementpreis: einschließlich Porto mit den wöchentlichen Beilagen 10 Mark pro Monat, 100 Mark pro Jahr, 1000 Mark pro 10 Jahren. Einzelhefte 10 Pfennig. Auslandsendung 150 Pfennig. Familienkreuzungen, Stellen- und Briefwechsel 40 Pfennig. Für Kleinverleger 10 Pfennig.

Nr. 287

Dresden, Freitag den 10. Dezember 1926

37. Jahrg.

Freie Hand!

Beschlüsse der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer Sitzung vom 9. Dezember folgenden Beschluß gefaßt:

1. Durch die Reden des Abg. Dr. Scholz, des Führers der Deutschen Volkspartei, in Jüterburg und Königsberg sind die Vereinbarungen, die zwischen dem Reichslauter und der sozialdemokratischen Fraktion über die Abnahme der Regierungsparteien getroffen waren, hinfallig geworden. Die sozialdemokratische Fraktion erklärt sich demnach für die freie Hand für alle politischen Entscheidungen.

2. Zum Mißtrauensvotum gegen den Minister Mühl hat die Fraktion sofort Stellung genommen und zwar durch die Rede des Abg. Dr. Breitscheid, durch ihre Erklärung zur dritten Lesung und durch ihre Abstimmung zum Schand- und Schmutzgesetz, wobei ihr Mißtrauen gegen den Minister Mühl scharf zum Ausdruck kam. Die Fraktion hält eine Entscheidung über die künftige Haltung der Reichsregierung für notwendig und wird sie bei der dritten Lesung des Nachtragsetats herbeiführen. Aus diesem Grunde wird sie sich bei der Abstimmung über den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen Dr. Mühl enthalten.

Unter Berliner Bureau schreibt dazu: Die einstimmig angenommene Entschließung zeigt, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion jetzt entschlossen ist, bei der ersten Gelegenheit eine Klärung der parlamentarischen Lage herbeizuführen. Bisher sind die Vereinbarungen des Reichslauters mit der Sozialdemokratie als hinfallig zu betrachten. Die Fraktion hat wieder völlig freie Hand und wird demnach schon in den nächsten Tagen handeln. Sie wird alle Anstrengungen machen, um die Vorgänge in der Reichswahl noch vor Weihnachten endgültig zu klären und wird darauf hinarbeiten, daß das deutsche Volk endlich erfährt, wie es in der Zukunft orientiert werden soll. So wie bisher geht es auf keinen Fall weiter.

Der Ausgang dieser Aktion wird nicht zuletzt entschieden durch die Haltung der Regierung. Sie ist seit Montag in dem Besitz des von der sozialdemokratischen Fraktion schriftlich zugelegten Materials über bestimmte Vorgänge in der Reichswehr. Die Sozialdemokratie erwartet darauf von der Reichsregierung, d. h. spätestens bis zur dritten Lesung des Nachtragsetats, eine bestimmte erschöpfende Antwort des Kabinetts und wird bei dieser Gelegenheit auch alle anderen aktuellen Probleme der Innenpolitik aufwerfen. Wie steht die Regierung zu ihnen? Von ihrer Antwort hängt schließlich ihr eigenes Schicksal ab.

Herr Scholz und seine Fraktion

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei nahm am Donnerstagabend u. a. den Bericht des Fraktionsvorsitzenden Dr. Scholz über seine Jüterburger Rede entgegen. In der sich anschließenden Erörterung kam zum Ausdruck, daß die Fraktion einmütig die Haltung ihres Fraktionsvorsitzenden billigt.

Her mit dem Notgesetz!

D. Der Vorstand des Afa-Bundes hat sich nochmals mit der infolge der innerpolitischen Entwicklung der letzten Wochen eingetretenen Verschärfung der Arbeitszeitfrage beschäftigt. Da der Inhalt des Arbeitszeitgesetzes entworfen den Umständen in den gewerkschaftlichen Kreisen noch geteilt hat und es als untragbar erscheint, mit der Wiederherstellung des Achtstundentages bis zur Verabschiedung des Arbeitszeitgesetzes, d. h. etwa bis zum Jahre 1928, zu warten, stellt sich der Vorstand des Afa-Bundes auf den Standpunkt, daß keine weitere Zeit verloren werden darf und das von den Gewerkschaften unterbreitete Notgesetz nunmehr von den Arbeiterparteien des Reichstags unverzüglich als Initiativantrag eingebracht werden muß. Angesichts des wachsenden Widerstandes der organisierten Unternehmer gegen jede Neuregelung der Arbeitszeit wird vom Afa-Bund die Unterstützung der parlamentarischen Aktion durch eine starke

Bewegung der Angestellten im Lande

für notwendig erachtet. Der Vorstand hat deshalb zum 13. Dezember den Bundesauschuß nach Berlin einberufen. Der Vorstand beauftragte die Geschäftsführung, in engstem Einvernehmen mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, aber auch mit den übrigen gewerkschaftlichen Richtungen, alle erforderlichen Maßnahmen vorzubereiten, um die neue Bewegung für den Achtstundentag zum Erfolg zu führen. An die angeschlossenen Verbände hat der Vorstand das dringende Ersuchen gerichtet, durch entsprechende Anweisungen an ihre Vertrauensleute dafür zu sorgen, daß auch bei Abschluß oder Erneuerung von Tarifverträgen an der Forderung der Wiederherstellung des Achtstundentages unbedingt festgehalten ist, freiwillige Vereinbarungen über eine längere Arbeitszeit also nicht in Betracht kommen können.

Zweideutige Handelspolitik

Die nächsten beiden Jahre werden in Deutschland wiederum mit Kämpfen um die Frage: Hochschußholl oder Uebergang zum Freihandel? ausgefüllt sein. Der jetzt geltende Zolltarif ist im wesentlichen aus der Vorkriegszeit übernommen, man hat ihn ein wenig verändert, um ihn als Verhandlungsinstrument beim Abschluß von Handelsverträgen benutzen zu können. Meist befriedigt ist von diesem provisorischen Zustand eigentlich niemand. Die Sozialdemokratie bekämpft ihn, weil die weltwirtschaftlichen Veränderungen der Nachkriegszeit eine Umstellung auch auf handelspolitischem Gebiete erforderlich machen. Schwerindustrie und Großlandwirtschaft hatten sich bisher gegenständig zu Hochschußholl verhalten, die verarbeitende Industrie drängt zumeist nach dem Abbau der Zollmauer, die kleineren und mittleren Landwirte, vornehmlich des Westens, wünschen einen größeren Schutz für die sogenannten veredelten Erzeugnisse der Landwirtschaft, während ihnen an Jollen für Getreide und Futtermittel weniger gelegen ist. Die große Masse der Verbraucher, also vor allem die industrielle Arbeiterschaft, ist an sich gegen den Hochschuß, sie will höchstens noch den sogenannten Erziehungsoll als vorübergehende Maßnahme zulassen; die Landwirtschaft soll durch bessere Produktionsmethoden, wie sie von der Agrarwissenschaft seit langem vorgeschlagen werden, erhöhte Erträge aus den Betrieben herauswirkeln.

Auf Verreiben der Sozialdemokratie ist vor einiger Zeit ein Enqueteauschuß eingesetzt worden, der die Lage der deutschen Wirtschaft nach wissenschaftlichen Methoden feststellen und auch durch ihre Folgerungen den Weg für die künftige Handelspolitik weisen soll. Die Arbeit dieses Ausschusses nimmt viel Zeit in Anspruch, er mußte als die erste Einrichtung dieser Art in Deutschland erst einen Plan für seine Arbeiten festlegen und die besten Arbeitsmethoden für sich ermitteln. Inzwischen ist aber von hervorragenden Agrarökonomen festgestellt worden, die Zollpolitik vom Sommer 1924 den Agrariern gar keinen Nutzen gebracht hatte, und daß auch noch höhere Zölle die Lage des vornehmlich forstbauenden Großgrundbesitzes im deutschen Osten nicht bessern würden. In viel stärkerem Maße als durch die Neuherausgabe der Agrarwissenschaft sind jetzt die großagraren Kreise durch einige andere Vorgänge beunruhigt worden.

Unter den Interessierten des internationalen Wirtschaftsmarktes befinden sich auch einige deutsche Industrielle, die bisher stets an der Seite der Großagraren für Hochschußholl eingetreten sind. Sie haben sich damit für den freien Wirtschaftsverkehr zwischen den Völkern ausgesprochen, also für den Abschluß der Zollmauern. Ja noch mehr, einige von ihnen haben näher in Zeitungsartikeln angedeutet, daß sie an Hochschußholl überhaupt kein Interesse mehr hätten, denn nach dem Abschluß des Eisenpacts ist die Schwerindustrie im Innern und auch nach außen zu gehindert, daß sie eigentlich eine Handelspolitik auf eigene Faust treiben könnte. Bisher war das Verhältnis zwischen Großindustrie und Großgrundbesitz nach dem Sprüche geregelt: Gib du mir, so gebe ich dir; die Schwerindustrie stimmte den Getreidezöllen zu und bekam dafür Eisenzölle. Nunmehr aber gibt die westdeutsche Industrie der ostelbischen Landwirtschaft zu verstehen, sie solle sich endlich umstellen, die Zeit sei vorüber, wo man den ostdeutschen und den pommerischen Großgrundbesitz durch Hochschußholl rentabel machen mußte.

Als Antwort darauf wurde in der landwirtschaftlichen Presse das größte Geschrei ausgehört. Den westdeutschen Großindustriellen wurde vorgeworfen, daß ihnen jede nationale Gesinnung abgehe und wenn diese die Landwirtschaft in der Zollfrage jetzt im Stich lasse, dann würde man eben zur ersten Betriebsführung übergehen, was die Erhaltung der gesamten deutschen Wirtschaft zur Folge haben müsse. Diese Drohungen würden die westdeutschen Industrieherrn kalt lassen, wenn sich aus einer wirklichen Feindschaft zwischen Großindustrie und Großlandwirtschaft eine wichtige politische Folge ergeben würde: der Zerfall des bisherigen Parteiensystems wäre die Schwächung der politischen Front des Bürgertums. Schon sind bei den jüngsten Landtagswahlen große Teile des sogenannten Mittelstandes von den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei abgefallen und zur neuen wirtschaftlichen Vereinigung abgewandert, die ihnen vorläufig noch größere Versprechungen machen kann. Auf der anderen Seite aber sieht man mit Besorgnis das Erstarken der proletarischen Bewegung. Die Verengung der Lohnfrage der Joden- und Eisenmagnaten, die die Arbeiterbewegung begonnen hat, muß jetzt wieder einlenken. Sie bringt eine hochoffizielle Mitteilung, wonach die Befürchtungen irrig seien, daß das bisherige gute Einvernehmen zwischen Industrie und Landwirtschaft durch die Industriepolitik der letzten Zeit mit allen Wirtschaftsmarktes und Abschluß des internationalen Eisenpacts, eine Gefährdung erfahren könne.

Das soll also so viel heißen, daß die deutschen Unternehmer auf der einen Seite internationale Abmachungen eingehen, die auf den Abbau der Zollmauern hinausgehen, auf der anderen Seite sich aber den deutschen Großagraren gegenüber verpflichten wollen die bisherigen Zollmauern aufrechtzuerhalten. Doch dürfte das wohl kaum miteinander zu vereinbaren sein, denn die deutschen Unternehmer haben ja noch einen besonderen Grund, den Weg zum Freihandel zu ebnen. Mit der von ihnen erwarteten Beseitigung der wirtschaftlichen Konjunktur werden auch die Lohnansprüche der Arbeiterschaft wachsen. Sollte die See der Arbeitslosen zurückgehen, so wird sich auch das künftige Kampfgeld für die Arbeiterklasse günstiger gestalten. Die Beseitigung des bisherigen Zollsystems oder gar dessen weiterer Ausbau müßte aber zu einem erneuten Steigen der Lebenshaltungskosten für die arbeitende Bevölkerung führen und damit auch zu einem gewaltigen Anstiegen der Lohnkämpfe. Die Unternehmer haben also ein großes Interesse daran, daß die Preise für die not-

Einigung über die Investigationen

P. Paris, 9. Dezember. (Sig. Draht.)

Die offizielle Pariser-Agentur teilt mit, daß zwischen der deutschen und den anderen Delegationen in Genf eine Einigung in folgenden drei Punkten erzielt worden sei:

1. Ueber die Aufgaben der Untersuchungskommissionen: In dem getroffenen Einkommen werde ausdrücklich betont, daß Art. 213 des Versailler Friedensvertrages Untersuchungskommissionen (Nachforschungen) in bestimmten Fällen und unter bestimmten Umständen, welche die Vermutung gestatten, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen sei, erlaubt, daß aber dieser Artikel keinerlei Handlung oder periodische Nachforschungen rechtfertige. Anders ausgedrückt, von Genf aus könne keine Nachforschung beschlossen werden ohne eine ausdrücklich vorliegende Klage, die durch einen Beschluß des Völkerbundes rechtskräftig geworden ist.

2. Ueber die Vollmachten der Untersuchungskommissionen: Die deutschen Einwände gegen die Vollmachten, die man diesen Kommissionen in ihren Beziehungen zu den deutschen Behörden, Staatsangehörigen zu erteilen beabsichtigt, wurden als besser Staatsangehörigen zu erteilen beabsichtigt, wurden als besser nicht anerkannt. Die Bestimmungen des Untersuchungsplanes von 1921 wurden also, anders ausgedrückt, insbesondere in der Frage der Hausdurchsuchungen der deutschen Gesandtschaften, von den Untersuchungskommissionen des Völkerbundes von deutschen Gerichten, Vorleben bekräftigt zu lassen.

3. Ueber die Zulassung deutscher Offiziere zu den Untersuchungskommissionen, genau wie bei den anderen in Frage kommenden Ländern, so Oesterreich, Ungarn und Bulgarien. Diese Zulassung ist die natürliche Folge der Tatsache, daß Deutschland Mitglied des Völkerbundes geworden ist.

Die Frage der Einsetzung sogenannter ständiger Kontrollkommissionen in den entmilitarisierten Zonen, kommt die interalliierte Kommission eine Verneinung zu, wurde zurückgestellt. Der Tempus verläßt, daß diese Entscheidung für spätere Verhandlungen deshalb wichtig sei, weil Briand diese Frage mit der deutschen Forderung über bezüglichen Raumung der Rheinlande verknüpft habe.

Die Völkervereinigung

P. Paris, 10. Dezember. (Sig. Draht.) Die Völkervereinigung hat am Donnerstag tag einer dreistündigen Sitzung in der Frage der Kontrollkommissionen in der Entmilitarisierten Zone gefaßt, sondern die Beratungen auf Freitag vertagt. Sie hat einen Bericht ausgearbeitet, der den Außenministern und Delegierten der in Genf im Völkerbund vertretenen Regierungen noch in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag formell überreicht wurde.

Strefemann Friedenspreisträger

P. Paris, 10. Dezember. (Sig. Draht.)

Das Couvre bringt heute in großer Aufmerksamkeit die Mitteilung, daß der Friedensnobelpreis für 1926 an Strefemann und Briand zu gleichen Teilen fallen wird. Der Friedensnobelpreis für das Jahr 1925, der voriges Jahr nicht zur Verteilung gelangte, werde an Chamberlain und General Dawes (den Schöpfer des Dawes-Paktes) fallen. Die öffentliche Bekanntgabe dieser Entscheidungen wird am 10. Dezember erfolgen und die feierliche Ueberreichung der Diplome an die Preisträger in einer feierlichen Sitzung im Nobelinstitut in Oslo, an der auch der König von Norwegen und das ganze diplomatische Korps teilnehmen werden, stattfinden.

Korruption

M. Weimar, 9. Dezember. (Sig. Draht.)

Am Donnerstag kamen in einem Untersuchungsausschuß des Thüringischen Landtags zwei für die Geschichte des Übergangsstadiums bemerkenswerte Vorfälle zur Sprache. In einer von der Sozialdemokratie veranlaßten Untersuchung des Reichstags von Justiz und Reaktion gegen ehemalige sozialdemokratische Minister jagte ein beamteter Neuge aus, daß aus dem Geheimfonds der früheren Regierung in Weich a. R. einem Beamten eine Summe, einem anderen eine Mittelmeerreise bewilligt worden seien. Aus den Akten wurde dann festgestellt, daß diese Dinge vor 1914 abgehandelt waren. Trotzdem hat man sie in der Öffentlichkeit den sozialdemokratischen Ministern der Nachkriegszeit zur Last gesetzt.

In der gleichen Sitzung wurde festgestellt, daß ein anderer Geheimfonds in Weich a. R. durch die Zahlung eines Gerichtsabschusses entstanden ist. Der Abschlussscheit Vorfall war nach dem Reichstagsbericht von Buchers in ein Verfahren bewickelt worden. Dem Fürsten von Weich stand jedoch das Niederlassungsrecht von Weich nach der Verfassung zu, und es sollte das Recht von 200 000 M. für die Niederlassung und sollte diese Summe dem Fürsten zur freien Verfügung. Davon wurden 100 000 M. dem Fürsten für — kirchliche Zwecke bewilligt. Die Kirche hat einen guten Wogen, sie kann auch Buchergelder davon verteilen.